bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 24 | 25. November 2004

Rechte Szene 2

"Neue Impulse"
REP-Mitglieder wollen die parteioffiziellen Abgrenzungsbeschlüsse nach rechts aufheben.

Ewiggestrigen-Spektakel
Beim Aufmarsch in Halbe war der Zwietracht zwischen den führenden „Freien“ unübersehbar.

"Bürgerkriegsposition"
NPD-Theoretiker kritisiert die Parteiführung.

Gewalttäter auf Bewährung
Ex-SSS-Mitglieder sind wieder aktiv.

Wieder aufgetaucht
Die „Weissen Wölfe“ sind öffentlich für ein „Blood&Honour“-Konzert angekündigt.

"Märtyrer" Hohmann
Zum Referentenkreis der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn gehören auch Vertreter der extremen Rechten.

Ausland 6

"Schandfleck beseitigen"
Wahlerfolg für Schweizer Rechtsextremist.

Schönheitsoperation
Der rechtsextreme belgische Vlaams Blok hat sich aufgelöst und wieder neu gegründet.

Grauzone 8

"Vergeltungsdrang"
Die „Junge Freiheit“ betreibt eine höchst einseitige Geschichtspolitik.

Zweite Karriere
Ein Oberstleutnant a.D. und Stadtrat kennt keine Berührungsängste nach rechtsaußen.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Abschied für immer
Auswanderung war für viele jüdische Kinder die Rettung aus Nazi-Deutschland.

Meldungen 12

Rechte Szene

"Neue Impulse"

REP-Mitglieder wollen die parteioffiziellen Abgrenzungsbeschlüsse nach rechts aufheben.

Beim Bundesparteitag der Republikaner am 27. und 28. November im fränkischen Veitshöchheim sitzen die beiden zwar nicht in den Reihen der Delegierten und Gäste – Udo Voigt und Franz Schönhuber dürften aber in den Hinterköpfen mancher Republikaner spuken.

Zwei Tage lang versammeln sich die Delegierten, um neben allen Regularien auch eine Antwort auf die Frage zu finden, wie die Republikaner trotz des Sogs zur NPD wieder Tritt fassen können. Die Ausgangslage ist schwierig: Der NPD gehört die mediale Aufmerksamkeit; sie hat ihren rechtsextremen Konkurrenten demonstriert, wie der Einzug in Parlamente gelingen kann; sie buhlt um eine „Volksfront" ganz rechtsaußen – und hat damit auch in den Reihen der Republikaner für Verwerfungen gesorgt.

Dass seine Partei bei der Europawahl zulegen konnte und auch bei kommunalen Wahlen hier und da beachtliche Ergebnisse erzielt wurden, wird REP-Chef Rolf Schlierer auf der Haben-Seite verbuchen. Aber da gibt es auch und vor allem die andere Seite: ganze Landstriche, in denen die Republikaner praktisch nicht mehr stattfinden, sinkende Mitgliederzahlen, eine innerparteiliche Diskussionskultur, die diesen Namen längst nicht mehr verdient hat. Nicht wenige Republikaner fürchten, dass die Partei weiter von Durchbruch oder Comeback entfernt ist denn je. Für sie ist Schlierer nur noch der „Chefabwickler". Und sie suchen Verbündete, wo sie die eigentlich nicht suchen dürften: bei der NPD, wie beispielsweise in Sachsen, oder bei der DVU, wie nicht nur in Berlin/Brandenburg.

Noch gelten die Abgrenzungsbeschlüsse. „Niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen ... eine aktive Rolle gespielt hat, darf in Zukunft eine Funktion in unserer Partei übernehmen", hatten die Delegierten im bayerischen Ruhstorf 1990 dekretiert. In der Begründung hieß es noch weitgehender: „Wir Republikaner lehnen jegliche Zusammenarbeit mit NPD oder DVU kategorisch ab." Um die so genannten „Ruhstorfer Beschlüsse" geht es auch diesmal. Der baden-württembergische Ex-Landtagsabgeordnete Alfred Dagenbach sammelte im Vorfeld des Parteitags Unterschriften für einen Antrag, der ihre ersatzlose Aufhebung vorsieht. Er beklagt, dass die Beschlüsse höchst selektiv angewendet worden seien. Zudem seien sie „nicht mehr zeitgemäß": „Sie fesseln die Partei und behindern die Flexibilität im politischen Tagesgeschäft." Dass er mit seinem Vorstoß bei Schlierer nicht auf Gegenliebe stößt, weiß Dagenbach.

„Wir Republikaner stehen für die Bildung einer ‚nationalen Volksfront' auch in Zukunft nicht zur Verfügung", weist Rolf Schlierer derweil alle Avancen von NPD-Chef Udo Voigt zurück. Den Parteitag will er dafür nutzen, „deutlich zu machen, welche fundamentalen Unterschiede zwischen uns und der NPD bestehen und weshalb man uns nicht in einen Topf werfen darf". Rückendeckung erhält er zum Beispiel vom Landesverband seiner Stellvertreterin Uschi Winkelsett. „Mit erklärten Gegnern der Demokratie kann es keine Zusammenarbeit geben, seien es nun nationale oder internationale Sozialisten", betonten REP-Kommunalpolitiker und -Parteitagsdelegierte aus Nordrhein-Westfalen unlängst.

Die „patriotische Politik in Deutschland" habe nicht zuletzt durch die Wahlen in Brandenburg und Sachsen „neue Impulse erhalten", meint hingegen Karl-August Schaal, Bezirksvorsitzender der Republikaner in Südwürttemberg. „Abgrenzungsmechanismen greifen nicht mehr", erklärte er, „die Basis in ihrer großen Mehrheit zieht hier nicht mehr mit." Er kündigt einen „parteiübergreifenden Basis-Kongress" an, der „den Grundstein für eine neue patriotische Bewegung bilden soll". An dieser Stelle kommt Schlierers Vorgänger Franz Schönhuber ins Spiel. Er wird beim „Kongress Deutscher Patrioten", der für Februar geplant ist, die Schirmherrschaft und Moderation übernehmen. Eine Rückkehr in die aktive Parteipolitik komme für ihn nicht mehr in Frage, schrieb Schönhuber zwar an die Initiatoren des Kongresses. Beruhigen kann das Schlierer aber nicht. Der alte Mann aus Weißach bei Kreuth bleibt für ihn ein Ärgernis.

Tomas Sager

Ewiggestrigen-Spektakel

Beim Aufmarsch in Halbe war der Zwietracht zwischen den führenden „Freien" unübersehbar.

Seit Wochen propagieren die bundesdeutschen Neonazi-Führer eine neue „nationale Volksfront" – am Tag vor Totensonntag beim diesjährigen „Heldengedenken" im brandenburgischen Halbe war davon allerdings wenig zu sehen. Wie im vergangenen Jahr inszenierten dort wieder Freie Nationalisten aus dem Umfeld des Hamburger Aktionsbüro ein gruseliges Ewiggestrigen-Spektakel nach dem Motto: „Brückenschlag zwischen der Front von Damals und der jungen Front von Heute". Obwohl sich die Teilnehmerzahl stark vergrößert hatte, waren kaum NPD-Anführer beteiligt. Das mag an der Dominanz bekennender parteiloser Kräfte innerhalb des Organisationsteams liegen, denn anders als im Vorjahr führte fast ausschließlich der Hamburger Christian Worch durch den von der Öffentlichkeit abgeschirmten Weltkriegs-Showdown.

Die Polizeikontrollen zum kleinen Dorf mit dem großen Soldatenfriedhof 60 Kilometer südöstlich von Berlin waren verdreifacht worden. Die Busse der etwa 1300 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet wurden vor der Ortsgrenze abgestellt, ein Shuttle-Service transportierte sie zum Kundgebungsort. Die wenigen Gegendemonstranten, die die Polizeisperren passieren konnten, versammelten sich auf dem Bahnhofsvorplatz.

Strenge Auflagen hatten die Organisatoren vom „Freundeskreis Halbe" ihren Anhängern für den diesjährigen „Trauermarsch" auferlegt, denn ihre Veranstaltung sollte vor allem „würdevoll" erscheinen. Eine neonazistische „Busbesatzung" wurde wegen Alkoholisierung „von eigenen Ordnungskräften zurückgewiesen". Die kamen anscheinend aus den Reihen des Märkischen Heimatschutzes und zeichneten sich durch besondere Gewaltbereitschaft aus. Immer wieder wurden Journalisten bedrängt, beschimpft und ihnen Schläge angedroht. Überwiegend junge, hitzköpfige Ordner schubsten Fotografen und Kameraleute, verlangten die Presseausweise zu sehen, spielten sich auf. Die Polizei schritt bei solchen Aktionen nicht ein. „Thor Steinar"-Träger oder „Landser"-Fans wurden ebenso wenig am Zutritt gehindert wie die Vermummung von Anti-Antifa-Aktivisten unterbunden wurde.

Die Zwietracht zwischen Worch und seinen ehemaligen Gefährten Thorsten Heise und Thomas Wulff war unübersehbar. Zwar hielten die Neu-NPDler Ralph Tegethoff und Thorsten Heise Reden, Wulff aber hielt sich zurück, überließ seinem Widersacher Worch das Mikrophon. Der wirkte verloren auf seinem Posten. Das Selbstvertrauen der Fraktion der Volksfront-Anhänger wirkte stark, die Stimmung ihm gegenüber, dem Verweigerer, eisig.

Fröhlich dagegen unterhielt sich der Münchner Kameradschaftsanführer Norman Bordin mit Oliver Schweigert aus Berlin und Axel Reitz, Worch-Gefolgsmann, mit Gordon Reinholz vom Märkischen Heimatschutz. Auch Siegfried Borchardt, gerade aus dem Gefängnis entlassen, marschierte in den Reihen seiner nordrhein-westfälischen Kameraden. Zwei Burschenschafter aus Jena fielen in vollem Wichs auf. Einzelne Vertreter aus Dänemark, der Schweiz und den Niederlanden schwangen ihre Länderfahnen in der Masse von bunten und schwarzen Flaggen. Auf den Kränzen stand in altdeutscher Schrift: „Kameradschaft Midgard", „Freie Kräfte Schleswig-Holstein", „Nationaler Jugendbund Nordsachsen" oder „Patriotische Nationalisten Berlin".

Die Demonstrationsroute war kurz. Die Polizei schirmte den Zugang zum Soldatenfriedhof mit 22 000 Toten, darunter auch 57 Wehrmachtsdeserteure, hermetisch ab. Deshalb mussten die Kränze auf dem Parkplatz abgelegt werden, was Worch empört als „Schweinerei" bezeichnete. Laut übertönten dramatische Klänge die gebrüllten Befehle der Neonazis, „Mützen ab!", „Fahnen Achtung". Die anwesenden Journalisten wurden außer Sichtweite gedrängt. „Wenn die Bullen nicht wären, hätte ich euch längst weggehauen", bellt ein blutjunger Ordner. Man ist jetzt unter sich. Es ist klirrend kalt, vielen Fahnenträgern frieren die kahlen Köpfe. „Ich hatt' einen Kameraden" wird intoniert, nur wenige beherrschen den Text. Tegethoff beschwört das deutsche Soldaten-Heldentum, „die Front wird nicht wanken und nicht weichen". Ein Teilnehmer liest aus einer Goebbels-Rede vor. Etwa eine Stunde dauert der braune Spuk, dann wird zum Rückzug geblasen.

Andrea Röpke

"Bürgerkriegsposition"

NPD-Theoretiker kritisiert die Parteiführung.

Der Ton ist aggressiv. Dass NPD-Chef Udo Voigt eine neue Staatsform fordere, sei „natürlich barer Unsinn“, schreibt Jürgen Schwab, den Verfassungsschützer seit mehreren Jahren als eine Art Theoretiker der Partei und der rechten Szene überhaupt sehen. In einem längeren, im Internet verbreiteten Text zum Kurs der NPD versetzt Schwab der Euphorie nach dem Wahlerfolg in Sachsen einen kräftigen Dämpfer. Die von der Parteiführung propagierte Volksfront von rechts bezeichnet Schwab als „Bürgerkriegsposition“. Sie diene dazu, „die NPD vom Volk zu isolieren“. Das Bündnis mit der DVU und Neonazis ist für Schwab nur eine „aufgeblasene Anti-Antifa“. Und diese habe schon während des Bundesparteitages Ende Oktober „deutliche Risse“ gezeigt. Harter Stoff für die NPD. Schwabs Aufsatz steht in Widerspruch zur Aufbruchstimmung, die Parteifunktionäre verbreiten. „An der Basis ist Grummeln zu hören“, sagt ein erfahrener Verfassungsschützer, „Schwab gibt dieser Stimmung Ausdruck“. Das Bild einer starken NPD, die das rechtsextreme Spektrum dominieren und die biedere DVU sowie die harten Neonazis an sich binden möchte, erhalte erste Risse.

Schwab verspottet beispielsweise den Neonazi-Anführer Thorsten Heise, der beim Parteitag in den NPD-Vorstand gewählt wurde – Heise habe gegenüber Journalisten den Parteichef Voigt noch „überhitlert“. Voigt hatte im September in einem Interview Hitler als „großen deutschen Staatsmann“ bezeichnet. Schwab scheint Voigt auch kaum mehr als platte Sprüche zuzutrauen. Einige Positionen, die Voigt beim Parteitag vertrat, bringt Schwab mit Begriffen wie „intellektuelles Unvermögen“ und „Kombination aus Gemischtwarenladen und Discount“ in Verbindung. Außerdem wirft Schwab dem Parteichef vor, er habe seine Hand dafür gereicht, dass im Parteivorstand alles „platt gemacht“ wurde, „was bislang überhaupt als Ansprechpartner für Theorie- und Bildungsarbeit gelten konnte“. Wie die Partei auf Schwabs Abrechnung reagiert, ist offen. Der Text kursiert auf mehreren Internetseiten, die in der Szene viel gelesen werden.

Frank Jansen

Gewalttäter auf Bewährung

Ex-SSS-Mitglieder sind wieder aktiv.

Die Skinheads Sächsische Schweiz seien erledigt, hieß es nach ihrem Verbot im Jahr 2001. Und nach den drei Prozessen von 2002 bis Anfang dieses Jahres. Inzwischen melden sich die „Ex“-Mitglieder der kriminellen Vereinigung wieder verstärkt zurück.

Ob am 1. Mai dieses Jahres in Berlin, beim Rudolf-Heß-Marsch in Wunsiedel oder als Begleitschutz unter dem Namen „Braune Engel“ für die Demonstration der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) am 8. Mai in Dresden, mit Bedrohungen des „Café Courage“ in Döbeln während des „Tages der Sachsen“ im September – immer wieder waren und sind Akteure der SSS und deren Umfeld anzutreffen. So Tino Karsch, der in Reinhardtsdorf-Schöna für die NPD Plakate klebte. Anfang September gehörte Karsch in Chemnitz zu den Angreifern auf die Demonstration „Schöner leben ohne Nazi-Läden“. Auch bei der ersten Stadtratssitzung des Nationalen Bündnis Dresden sowie den Montagsdemonstrationen in der Landeshauptstadt war Tino Karsch aktiv dabei.

Seit dem 5. November sitzt das SSS-Gründungsmitglied Daniel Betke in U-Haft. Wegen Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung in mehreren Fällen war Betke 2003 zu einer Jugendstrafe von 100 Arbeitsstunden sowie zwei Jahren Haft auf vier Jahre Bewährung verurteilt worden. Die meisten Prozessbeobachter waren sich damals sicher, Betke vor dem Ende der Bewährungszeit wieder vor Gericht zu sehen. Innerhalb des letzten Vierteljahres werden Betke nun drei Körperverletzungen beziehungsweise die Beteiligung daran zugeschrieben. Während eines Festes in Pirna, dann an einer Tankstelle der Stadt zusammen mit Ex-SSS-Kumpel Matthias Jacobi und anlässlich einer Geburtstagsfeier im nahe gelegenen Struppen, wobei eine Person schwer verletzt wurde. Ein weiteres Körperverletzungsdelikt von Betke wurde schon im Vorjahr zur Anzeige gebracht.

Lukas Kilian

Wieder aufgetaucht

Die „Weissen Wölfe“ sind öffentlich für ein „Blood&Honour“-Konzert angekündigt.

Neonazis aus mehreren europäischen Ländern haben sich für den 11. Dezember einiges vorgenommen. Während ein Teil von ihnen zu einem alljährlichen Aufmarsch schwedischer Rechtsextremisten unter dem Motto „Gedenkmarsch für Daniel Wretström und alle anderen Opfer multikultureller Mordbanden“ in der Nähe von Stockholm reisen wird, bietet die „Blood&Honour“-Sektion Flandern ein Alternativprogramm an. Ausdrücklich für jene Kameraden, die nicht nach Schweden fahren können, will B&H in Belgien „the best Blood & honour concert of the year“ auf die Beine stellen. Mit dabei sein werden beim „Flanders Memorial Concert“ die englischen Gruppen „Razors Edge“, „Natural Born Killers“ und „Chingford Attack“ sowie aus Deutschland „Kraftschlag“ und „Weisse Wölfe“.

Letztere hatten sich in den letzten zwei Jahren auf der Bühne rar gemacht. Zwar gab es Gerüchte, dass die Band aus dem Sauerland beziehungsweise dem östlichen Ruhrgebiet im Spätsommer in der Schweiz und in Tschechien gespielt haben soll – konkrete Belege dafür fanden sich aber bislang nicht. Zuverlässig dokumentiert ist ein letzter Auftritt im August 2002 in den Niederlanden. Danach begannen für die „Weissen Wölfe“, die auf dem Cover ihrer ersten CD maskiert und bewaffnet posierten und in ihren Texten ganz unverhohlen Gewalt und das NS-Regime verherrlichten, die Probleme. Ihr Sänger wurde öffentlich geoutet. Staatsschutz und Staatsanwaltschaft in Dortmund ermittelten wegen Volksverhetzung gegen die „Weissen Wölfe“ und die mit ihr eng verbandelte Gruppe „Oidoxie“. Im Mai 2003 rückte die Polizei zu Hausdurchsuchungen an. Zwischenzeitlich verschwand auch noch ihr Sänger Stjepan Jus wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen für fünf Monate in Haft.

Seit Mitte des Jahres wieder auf freiem Fuß, erging sich Jus in Ankündigungen. „Legal, aber sehr gut!“ werde seine Solo-CD, versprach er den Kameraden. Freilich scheint es bei der Produktion dieser CD Probleme gegeben zu haben, wie Internet-Foren zu entnehmen war. Ihre Veröffentlichung jedenfalls lässt weiter auf sich warten. Außerdem kündigte Jus an, dass es 2005 zum Zehnjährigen der Gruppe wieder was „Nettes“ zu hören gebe. Und nun also taucht die Band auch per öffentlicher Ankündigung eines Blood&Honour-Konzerts wieder aus der Versenkung auf.

Derweil wertet die Staatsanwaltschaft in Dortmund aus, was die Polizei in fast zweijähriger Ermittlungsarbeit gegen die „Weissen Wölfe“ gesammelt hat. Die Schwierigkeit dabei: Dass zahlreiche Liedtexte in Deutschland Straftatbestände erfüllen, ist offenkundig; aber gelingt es nachzuweisen, dass die Debüt-CD der Gruppe, die in den Niederlanden aufgenommen worden sein soll, beim dänischen Label „Celtic Moon“ erschien und dort sowie bei US-amerikanischen Versänden erhältlich war, auch für den deutschen Markt bestimmt gewesen ist? Zwar geben eigentlich schon die Texte der CD darauf eine eindeutige – positive – Antwort. Ob dies aber am Ende für eine Anklageerhebung ausreichen wird, bleibt abzuwarten.

Tomas Sager

"Märtyrer" Hohmann

Zum Referentenkreis der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn gehören auch Vertreter der extremen Rechten.

Die Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn wartet am 8. Dezember mit einem Bundestagsabgeordneten als Gastredner auf. Zum Thema „Der Fall Hohmann – ein Fall von Meinungsfreiheit“ ist Martin Hohmann, der in diesen Kreisen als „Märtyrer“ gilt, zu einem Burschenschaftlichen Abend auf dem Haus der Burschenschaft angekündigt. Mobilisiert wird für dieses Meeting von der „Jungen Freiheit“. Hohmann, Interviewpartner der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“, hatte mit einer von den Medien als antisemitisch kritisierten Rede am 3. Oktober 2003 bundesweit für Furore gesorgt, die seinen Ausschluss aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU zur Folge hatte. In einem Interview mit der Zeitschrift „Tribüne“

merkte der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) zur Hohmann-Rede an: „Ich glaube, dass Äußerungen, wie sie Herr Hohmann ... gemacht hat, immer wieder als Bodensatz den Anlass bieten, um antisemitisches Denken zu motivieren. Solche Reden forcieren Antisemitismus und bieten die Grundlage für falsche Geschichtsvermittlung."

Bei Vortragsabenden auf dem Haus der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn treten in regelmäßiger Wiederkehr Referenten auf, deren politische Umtriebe im Visier der Verfassungsschutzbehörden stehen. Gastredner bei dieser extrem rechten Burschenschaft waren unter anderem Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit", Hans-Helmuth Knütter, Referent bei der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik, Franz Uhle Wettler, Autor in den geschichtsrevisionistischen Vierteljahresheften „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (Verlagsgemeinschaft Grabert/Hohenrain), Ex-Militär Reinhard Uhle-Wettler, Herausgeber einer Festschrift für den Holocaust-Leugner David Irving und Klaus Weinschenk, Autor des NPD-Parteiblatts „Deutsche Stimme", vormals Berliner Landeschef der Republikaner.

Seinen Auftritt als Redner bei der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn, der unter anderem Sebastian Prinz und Norbert Weidner (Ex-Funktionär der verbotenen Neonazi-Truppe FAP) angehören, hatte jüngst auch der Rechtsextremist Jürgen Schwab. Der kürzlich erst entthronte Chefideologe der NPD rief die Burschenschaftler zur Schaffung einer „eigenen Gegengesellschaft", einer „Burschenschaft von unten", die „nach Partisanentaktik auszurichten" sei, auf. Fazit von Schwabs Rede: „Jeder nationalgesinnte Deutsche muss heute die Fremdherrschaft an seiner eigenen bescheidenen Stelle bekämpfen; jeder muss die globale Amerikanisierung an seinem eigenen Platz die Stirn bieten. Wir müssen vor allem ... den Amerikaner in uns selbst bekämpfen. Wir sollten den Nutznießer der Fremdherrschaft im eigenen Land als solchen kenntlich machen.", forderte Schwab.

Anton Maegerle

Ausland

"Schandfleck beseitigen"

Wahlerfolg für Schweizer Rechtsextremist.

Die rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer (PNOS), kann sich über ihren gewählten Abgeordneten bei den Aargauer Kantonalwahlen freuen. Der 20-jährige Straßenbauer Tobias Hirschi wurde mit 415 Stimmen in den Stadtrat von Langenthal im Kanton Aargau gewählt.

Hirschi hat seine rechte Gesinnung im Wahlkampf nicht verborgen. Er wetterte gegen „Ausländergewalt" und bezeichnete das autonome Kulturzentrum Langenthals als „Schandfleck", den er beseitigen wolle. Nach der Wahl haben alle übrigen Parteien erklärt, dass sie den PNOS-Kandidaten isolieren wollen. Lediglich ein Vertreter der rechtskonservativen Schweizer Volkspartei (SVP) hat Hirschi anfangs eine Mitarbeit in der Fraktion seiner Partei angeboten. Doch er erntete heftige Proteste auch in der SVP.

Die im Jahr 2001 gegründete PNOS feiert die Wahl Hirschis als großen Erfolg und will sich verstärkt als akzeptable rechte Kraft präsentieren. Das Wahlergebnis in dem kleinen Ort Langenthal war wohl auch kein Zufall. Am 1. Mai marschierten cirka 100 Neonazis durch den Ort. Die PNOS hatte im Vorfeld der Wahlen im Kanton Aargau durch ein Plakat für Aufsehen gesorgt, in dem sie mit dem Slogan „Wir säubern" eindeutige Drohungen gegen alle Gegner der Rechten verbreitete. Es gab einen Sturm der Entrüstung, was aber von den Rechten wohl auch kalkuliert war. Dadurch wurde ihr Bekanntheitsgrad schließlich gesteigert.

Viele Bürgerinnen und Bürger in Langenthal befürchten jetzt eine Zunahme der neonazistischen Aktivitäten. In den letzten Monaten waren schon öfter Antifaschisten in dem Ort bedroht worden. Besonders im Visier stand immer auch das Kulturzentrum. Bei einem dieser Übergriffe wurde auch Hirschis Wahlberater und PNOS-Stützpunktleiter Pascal Lüthard festgenommen und steht demnächst vor Gericht.

Peter Nowak

Schönheitsoperation

Der rechtsextreme belgische Vlaams Blok hat sich aufgelöst und wieder neu gegründet.

Es wird, wie Frontmann Filip Dewinter formulierte, eine „gigantische logistische Operation“. Rund fünf Monate nach den belgischen Kommunalwahlen, bei denen der rechtsextreme Vlaams Blok (VB) in Flandern mit einem Rekordergebnis von 24,1 Prozent zur zweitstärksten politischen Kraft hinter den oppositionellen Konservativen avancierte, hat sich die Partei offiziell aufgelöst und unter dem Namen Vlaams Belang (Flämisches Interesse) neu gegründet. Die Entscheidungen wurden auf einem Parteitag am 14. November in der VB-Hochburg Antwerpen gefällt. Eine Werbekampagne zur Lancierung des neuen Namens will sich die Organisation in den kommenden Monaten rund 1,5 Millionen Euro kosten lassen – mehr als für den gesamten letzten Wahlkampf ausgegeben wurde. Auch ein neues Logo soll es in Kürze geben.

Der Auflösung vorausgegangen war die Bestätigung eines Gerichtsurteils vom April dieses Jahres, in dem drei Unterorganisationen des VB nach langjähriger Auseinandersetzung zu Geldstrafen verurteilt und die Partei insgesamt als rassistische Organisation eingestuft worden war. Dagegen hatte der VB vor dem Obersten Gerichtshof in Brüssel Berufung eingelegt. Die Aufrechterhaltung des Urteils, in dem dem VB unter anderem bescheinigt wurde, systematisch Fremdenhass zu säen, bedeutet in der Konsequenz den Verlust des Anspruches auf die öffentliche Parteienfinanzierung. Wer weiter für die Partei arbeitet, macht sich wegen Verstoßes gegen das belgische Anti-Rassismus-Gesetz strafbar. Auch die Vermietung von Räumlichkeiten oder die Beförderung von Postsendungen hätten der Organisation verweigert werden können.

Mehr als eine Schönheitsoperation ist die Neukonstituierung indes nicht. Vlaams Belang, so Parteichef Frank Vanhecke, werde sich als eindeutige Nachfolgeorganisation des VB zu erkennen geben. Anwärter für die neue alte Führungsspitze sind so neben Vanhecke Filip Dewinter und Gerolf Annemans. Personelle Veränderungen stehen ebenso wenig zur Debatte wie die politischen Ziele: die Bewahrung traditioneller westlicher Werte, die Unabhängigkeit Flanderns sowie der Schutz der kulturellen Identität der wohlhabenden Provinz im Norden des Landes. Die Entscheidung des Kassationsgerichtes bezeichnete Vanhecke als Bankrotterklärung für die Demokratie in der „Bananenrepublik“ Belgien und Höhepunkt jahrelanger systematischer Verfolgung. Der VB wird von den anderen Parteien des Landes isoliert. Mitgliedern, die sich über das abgesprochene Zusammenarbeitsverbot „Cordon sanitaire“) hinwegsetzen, droht der Parteiausschluss. Geschadet hat dies dem Vormarsch des VB in den letzten Jahren nur wenig. Mehr als eine Million Wähler gaben der Rechtspartei bei den Kommunalwahlen im Juni ihre Stimme. Aktuelle Umfragen sahen den „Blok“ mit bis zu 27 Prozent in Flandern sogar vor den konservativen Christdemokraten.

VB-Abgeordnete waren in der Vergangenheit immer wieder mit ausländerfeindlichen Parolen auf Stimmenfang gegangen. Zu den Forderungen der 1979 entstandenen Partei gehörten die Ausweisung von Gastarbeitern und der Entzug des kommunalen Wahlrechtes für Nichtflamen. Bereits vor der Neugründung, für die auch eine Umbenennung in Flämische Freiheitspartei nach dem Vorbild der österreichischen FPÖ im Gespräch war, hatte der Parteivorstand des VB deshalb ein entschärftes Programm verabschiedet, das eine moderatere Linie im Hinblick auf den Umgang mit Ausländern vorsieht. Diese sollen den neuen Statuten nach nicht mehr pauschal ausgewiesen werden, sondern könnten bleiben, wenn sie sich anpassten, integrierten und die Prinzipien der belgischen Verfassung inklusive der Trennung von Staat und Kirche respektierten. Belgische Medien kommentierten die Veränderungen mit den Worten: „Der Vlaams Blok entledigt sich seiner braunen Räder“.

Während belgische Christdemokraten und Liberale bislang keinen Grund sehen, ihre Blockadepolitik gegenüber der Partei zu beenden, strebt Vlaams Belang offiziell die Bildung lokaler Koalitionen nach den nächsten Kommunalwahlen im Jahr 2006 an. Auch der Vorsitzende Vanhecke gibt sich kämpferisch: das politische Establishment, so war zu hören, werde es nicht schaffen, die Partei ein weiteres Mal zu Grabe zu tragen – dieses Mal werde die Partei den Staat Belgien begraben.

Michael Funk

Grauzone

"Vergeltungsdrang"

Die „Junge Freiheit" betreibt eine höchst einseitige Geschichtspolitik.

Der 60. Jahrestag der militärischen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 wirft seine Schatten voraus. Seit Ende Oktober nimmt das Thema „Vergessene deutsche Gedenktage 1944/45" einen prominenten Platz in der neurechten „Jungen Freiheit" (JF) ein. Chefredakteur Dieter Stein eröffnete den Reigen: Gegen die „offizielle BRD-Geschichtsmystik" mit ihrer Rede der „selbstlosen Befreiung Deutschlands" durch die Alliierten will er die harten Fakten einer „alptraumhaften Niederlage" stellen. Assistiert wird dieses Unternehmen durch eine Anzeige des nahe stehenden Institut für Staatspolitik, in dem unter der Überschrift „1945 – Die Niederlage" Zeitzeugen und Dokumente deutscher Opferschaft für eine geplante Publikation angefordert werden – notwendig sei, gerade der jüngeren Generation eine wirklichkeitsgetreue Vorstellung der Ereignisse des Jahres 1945 zu vermitteln.

Visualisiert ist das Projekt unter der Überschrift „Die verbotene Trauer" mit einem Bild der obligaten Bestandteile eines deutschen Soldatendenkmals: Wehrmachtsstahlhelm auf Lorbeer und Schwertern, eine „Hinterlassenschaft, die man übernimmt, pflegt, ergänzt und weitergibt". Die Artikel der JF, die dieser Art Traditionspflege gewidmet sind, warten nicht eben mit neuen Argumenten auf: Das verordnete Dogma der deutschen Kollektivschuld blende alliierte Verbrechen aus, verhindere aufrechtes Nationalbewusstsein, „schwäche deutsches Selbstwertgefühl im Ringen über Beitrags- und sonstige Zahlungen, über Militäreinsätze, Flüchtlingsquoten und die Machtverhältnisse in supranationalen Organisationen".

Der von der JF angeprangerte Vorwurf einer „Kollektivschuld Deutschlands" ist eine von ihr gepflegte Fiktion, im militärischen Jargon auch „Pappkamerad" genannt. Warum eigentlich haben sich die westlichen Alliierten in der komplizierten und mit höchstem bürokratischen Aufwand betriebenen Fragebogenaktion der „Entnazifizierung" um die Ermittlung der individuellen Verantwortung jedes Deutschen bemüht? Das Geschrei über eine „Menschenjagd" diente schon damals als Schuldabwehr jener, die mehr oder weniger tief in das NS-Regime verstrickt waren – und bald von den Amnesien und Amnestien der frühen Bundesrepublik profitierten.

JF-Autor Björn Schumacher behauptet, die Zerstörung Braunschweigs sei unabhängig erfolgt von einem „fünf Jahre vorauseilenden und in Bezug auf diese völlig absichtslosen Kausalfaktor", sprich dem Überfall auf Polen. Konsequent sieht er hinter dem Luftkrieg gegen deutsche Städte nicht den Versuch, den Kriegsverlauf zu verkürzen, sondern „unstillbaren Vergeltungsdrang", „Demonstration von Vernichtungspotenzial", „Verachtung deutscher Kulturstätten" und letztlich die Germanophobie Winston Churchills. Auch an anderer Stelle wird das Handeln der Kriegsgegner als Versuch interpretiert, Deutschland als Konkurrenz auszuschalten, indem es als „selbstbewusste Nation" demontiert wurde. Dabei greift die JF auf Aussagen des FAZ-Journalisten Paul Sethe zurück, der im Jahre 1950 die Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen einzelne Ärzte, Juristen, Militärs et cetera als „verfeinerte Morgenthau-Politik" bezeichnete, die darauf zielte, „führende Schichten des Volkes ins Mark" zu treffen, um damit „auch das einfachste Selbstgefühl der Deutschen" zu verwunden. Die Zeitung zeigt mit diesen Stellen in schöner Offenheit, wie sie mit historischer Wahrheit verfährt und auf welcher Seite ihre Sympathien liegen.

Nicht fehlen darf selbstredend auch die Polemik gegen Vernachlässigung, Verschandelung oder gar Abriss deutscher Kriegerdenkmale – diese werden für die JF zum Menetekel einer geschichtslosen und zur Trauer um ihre Toten unfähigen Nation, einem „emotionalen Mangel gegenüber dem eigenen Land".

Festzuhalten bleibt: Die „Junge Freiheit" betreibt eine Geschichtspolitik, die auf eine höchst einseitige Erinnerung hinausläuft, alliierte Bemühungen der Bestrafung von NS-Tätern denunziert und deutsche Zivilopfer des Krieges für ihre Zwecke vereinnahmt. Dass sich mit Egon Bahr ausgerechnet ein hochrangiger SPD-Politiker der JF für ein Interview zur Verfügung stellte, ist so unverständlich wie bedauerlich.

Michael Pechel

Zweite Karriere

Ein Oberstleutnant a.D. und Stadtrat kennt keine Berührungsängste nach rechtsaußen.

Mit 1,2 Prozent der Stimmen schaffte eine Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) bei den Kommunalwahlen den Sprung ins Bonner Rathaus. An markigen Sprüchen besteht im Programm und den Veröffentlichungen der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) Bonn kein Mangel: Damit sich die Bürger „wohlfühlen", trete sie für „mehr Polizeipräsenz" und „gegen Unkunst" ein, ließ sie die Wählerinnen und Wähler wissen. Auf ihrer Website behauptet die UWG, die sich „alten Werten" wie „Ehre, Anstand und Treue" verpflichtet fühlt, Deutschland werde von den Amerikanern „besetzt" und „unterdrückt". Und den Medien wirft sie vor, eine „an der Wahrheit ausgerichtete Berichterstattung" sei von ihnen nicht zu erwarten. Schließlich handele es sich dabei um „Lizenzpresse = Besatzerpresse = Feindpresse".

Einer der Verantwortlichen für diese scharfen Worte ist Claus Plantiko. Der 66-jährige Oberstleutnant a.D. war viele Jahre Referent im Bundesministerium der Verteidigung. Nach seiner Dienstzeit absolvierte er ein Jurastudium und ist seitdem als Rechtsanwalt tätig. 2004 kandidierte Plantiko für die von ihm angeführte UWG für das Amt des Oberbürgermeisters. Zwar erreichte Plantiko nur bescheidene 0,8 Prozent. Als Stadtrat gelang ihm allerdings der Sprung ins Rathaus.

Berührungsängste zeigt er weder in seinem neuen Beruf noch als Politiker. So zählte zu seinen Mandanten als Rechtsanwalt unter anderem der Kölner Verleger Manfred Rouhs („Europa vorn", „Signal – Das patriotische Magazin" beziehungsweise „nation24.de"). Der 39-Jährige zog bei den Kommunalwahlen im September in Köln über die Tarnliste Bürgerbewegung Pro Köln in den Stadtrat ein. Dem Gremium gehörte er schon einmal an, als er 1989 für die Republikaner ins Rathaus gewählt wurde. 1999 wechselte Rouhs zur Deutschen Liga für Volk und Heimat.

Als Anwalt vertritt Plantiko neuerdings auch Dominique Oster. Der 32-Jährige wurde 1999 für die NPD in den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises gewählt. Im September 2004 trat er auf der Liste des extrem rechten Bündnis für Deutschland an und kandidierte in Siegburg für den Stadtrat. Oster wurde unmittelbar vor der Wahl wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung in Untersuchungshaft genommen. Plantiko, der sich von seiner Wählergemeinschaft einen „mutigen und entschiedenen Einsatz für seine Mandanten" attestieren lässt, weil er „schon viele Male vor Gericht bewiesen hat, dass er den Feind auch dann anzugreifen wagt, wenn dieser unangreifbar zu sein scheint", verbindet seine Tätigkeit für bekannte Rechtsextremisten allerdings auch mit einem grundsätzlichen Anliegen. Mandanten wie Oster, die er als „sog. Rechtsextremisten" verharmlost, nehme er nicht zuletzt deshalb an, „weil die politische Klasse im 'Kampf gegen Rechts' Rechtsstaat, Meinungsfreiheit und auch Menschenwürde am meisten gefährdet", behauptet er.

Ähnlich dürfte das vermutlich auch der UWG-Ratskandidat Josef Schüßlburner sehen, der unter anderem im Jahrbuch der Gesellschaft für freie Publizistik und in den „Staatsbriefen" publiziert hat. Eine im April 2004 im „Lindenblatt Media Verlag" erschienene Veröffentlichung, setzt sich mit dem „Demokratie Sonderweg Bundesrepublik" auseinander. Der Regierungsdirektor (Jahrgang 1954), in der Abteilung Luft- und Raumfahrt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen tätig, kommt darin zu dem Ergebnis, dass dem politischen System der Bundesrepublik „totalitäre Tendenzen innewohnen", die die demokratische Freiheit gefährdeten. Die Wochenzeitung „Junge Freiheit" lobte das 798 Seiten starke Werk als „überaus scharfsinnig".

Plantiko wiederum schießt auch verbal regelmäßig über das Ziel hinaus: Weil er als Verteidiger in mehreren Verfahren Richter der Rechtsbeugung und eines verbrecherischen Tuns bezichtigt haben soll, ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung in vier Fällen gegen ihn. Und als der neue Stadtrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, beschwerte er sich lautstark über das „Bonner Machtkartell" und dessen „demokratiewidrige[s] Verhalten", das ihm „Mitwirkungsrechte durch Ausgrenzung verweigern" wolle.

Christian Nigel

Blick in die Zeitgeschichte

Abschied für immer

Auswanderung war für viele jüdische Kinder die Rettung aus Nazi-Deutschland.

Sie waren von einem Moment auf den anderen buchstäblich mutterseelenallein auf sich gestellt – und konnten doch nur so ihr Leben retten: Jüdische Kinder und Jugendliche, die zwischen 1933 und 1941 mit so genannten Kindertransporten Deutschland verließen. Bis Ende Januar wird in der Neuen Synagoge in Berlin die Ausstellung „Aus Kindern wurden Briefe – Die Rettung jüdischer Kinder aus Nazi-Deutschland“ gezeigt.

Manche waren gerade einmal neun Jahre alt, wie Alfred Nowack aus Erkner, der 1939 zunächst in ein Kinderheim nach Frankreich gelangte und schließlich 1941 nach New York. Oder 13, wie Ruth Moos aus Berlin, die später über den Abschied schrieb: „Ich weinte nicht. Ich saß in dem Zug in Berlin (…), und meine ganze Familie stand draußen vor dem Zugfenster. Ich hatte ein Buch auf dem Schoß. Ich schaute sie nicht an. Alle weinten.“

In sehr vielen Fällen war es ein Abschied für immer. Die meisten Eltern und in Deutschland zurück gebliebenen Geschwister der Ausgewanderten wurden deportiert und ermordet. Ein glücklicher Ausnahmefall ist der von Georg Dreyfus, der 1939 mit seinem Bruder per Kindertransport nach Australien kam – und dessen Eltern den Kindern folgen konnten.

Die von der Stiftung Neue Synagoge Berlin in Zusammenarbeit mit dem Museumspädagogischen Dienst erarbeitete Ausstellung belässt es nicht bei der Schilderung von Einzelschicksalen. Im ersten Teil wird anhand von Auszügen aus Gesetzen und Verordnungen deutlich, innerhalb welch’ kurzer Zeitspanne die Lebensbedingungen für jüdische (Schul-)Kinder in Deutschland unerträglich wurden. Waren sie zunächst von Begabtenstipendien und vom Schwimmunterricht, von Feiern und Ausflügen ausgeschlossen, wurde ihnen ab November 1938 der Besuch nichtjüdischer Schulen vollends verwehrt.

In dieser Situation sahen viele jüdische Familien nur noch Hoffnung darin, zumindest ihren Kindern die Auswanderung zu ermöglichen. Die Ausstellung widmet zwei wenig bekannten Organisationen einen eigenen Abschnitt: der Abteilung Kinderauswanderung der Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden, die im Dezember 1933 in Berlin eingerichtet und von Käte Rosenheim geleitet wurde. Und der Jugend-Alija, die 1933 von Recha Freier gegründet worden war und jüdischen Kindern und Jugendlichen die Auswanderung ins damalige Palästina ermöglichte.

Rund 12.000-mal konnte auch dank dieser Organisationen zwischen 1933 und 1941 Leben gerettet werden; allein 4500 Kinder und Jugendliche gelangten mit der Jugend-Alija nach Palästina. Aber die Ausstellung erinnert auch an jene, denen die Auswanderung nicht gelang. Stellvertretend wird das Schicksal von Rose Marie Noah geschildert, die sich lange Zeit um eine Reisemöglichkeit nach Großbritannien bemühte. Doch 1942 wurde sie, 18-jährig, nach Auschwitz deportiert und ermordet. Ab Oktober 1941 war die Auswanderung für jüdische Kinder und Jugendliche aus Deutschland verboten. Die Namen von 4279 jüdischen Jungen und Mädchen aus Berlin, die zwischen 1941 und 1945 ermordet wurden, sind auf einer weiteren Tafel dokumentiert.

Die titelgebenden Briefe gehören übrigens in der Ausstellung zu den Raritäten. Es existieren nur die Briefe der emigrierten Kinder, die an sie als unzustellbar zurückgesandt wurden – und unzustellbar bedeutete, dass die Eltern längst deportiert und ermordet worden waren.

In ihrer Kombination aus Einzelfällen und übergreifenden Hintergrundschilderungen, durch den Einsatz von Ton- und Filmdokumenten bietet die Zusammenstellung tiefe Einblicke in dieses traurige historische Kapitel. Ein zweiter Teil der Ausstellung findet sich in den Räumen des ehemaligen Kinderheims Ahawah über eben dessen Geschichte; hier finden ausschließlich geführte Besichtigungen statt.

Gudrun Giese

Bis 31. Januar 2005, Neue Synagoge Berlin, Oranienburger Str. 28/30, 10117 Berlin

Meldungen

Auszeit für Skinhead-Band

Bremen - Die Bremer Skinhead-Band „Endlöser“ hat auf ihrer Internet-Seite eine zweijährige Pause angekündigt. Anlass dafür sind offenbar berufliche Gründe des Bremen - Die Bremer Skinhead-Band „Endlöser“ hat auf ihrer Internet-Seite eine zweijährige Pause angekündigt. Sängers Andreas Lohei. Endlöser gehört zu den ältesten aktiven Skinheadbands in Deutschland. Die Gruppe gründete sich bereits 1992 und nahm in immer wieder wechselnder Besetzung mehrere CDs auf, einige Jahre lang auch unter dem Namen „Schlachtruf“. Die Mitglieder sollen den „Hammerskins“ nahe stehen. Im Dezember ist ein großes Abschiedskonzert geplant. (bb)

NPD plant Aufmarsch am 8. Mai

Leipzig/Berlin – Der Hamburger Neonazi Christian Worch will mit seinen „freien“ Kameraden am 1. Mai 2005 wieder durch Leipzig ziehen. Anders als in diesem Jahr, plant die NPD Meldungen aus Internetforen zufolge am Tag der Arbeit 2005 keinen zentralen Aufmarsch. Statt dessen will sie offenbar zu „dezentralen Kundgebungen“ aufrufen und eine Woche später, am 8. Mai, eine Demonstration gegen das Holocaust-Mahnmal in Berlin organisieren. Zu Worchs Aufmarsch in Leipzig werden auch so genannte „Autonome Nationalisten“ erwartet. In diesem Jahr hatten diese die NPD-Demonstration der Leipziger Worch-Veranstaltung vorgezogen und dabei in Berlin einen „Black Block“ gebildet. (ts)

Späte Sühne

USA (Montgomery) - Bobby Frank Cherry, ehemaliger Ku Klux Klan-Führer und verurteilter Mittäter in einem der grausamsten Rassenverbrechen in der Geschichte der USA, ist tot. Zusammen mit zwei anderen KKK-Mitgliedern hatte Cherry im September 1963 eine Kirche, die Aktivisten einer Bürgerrechtsbewegung als Treffpunkt diente, in der Stadt Birmingham im Bundesstaat Alabama in die Luft gesprengt. Das Attentat, bei dem vier junge Frauen ums Leben kamen, blieb lange Zeit ungeahndet. Erst 1997 wurde der Fall aufgrund neuer Zeugenaussagen in einem spektakulären Prozess erneut aufgerollt. Vor zwei Jahren wurde der Rassist zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Er verstarb jetzt mit 74 Jahren an einem Krebsleiden. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de